

stehend betrachten. Hier finden sich z.B. die Leugnung der Auferstehung, der Glaube an eine prophetische Sendung nach Muhammad, eine nur schwache oder gar keine Betonung des täglichen rituellen Gebetes oder anderer wesentlicher Praktiken und so fort.

Zum Schluß dieser Analyse kann man also in jenem gewaltigen weltweiten Phänomen, das unter dem Namen «Islam» bekannt ist, *sowohl Einheit als auch Verschiedenheit* ausmachen. Einerseits bietet der Islam als religiöse Tradition seinen Anhängern einen hohen Grad von Zusammenhalt und Identität als Mitglieder einer weltweiten Glaubensgemeinschaft. Andererseits aber spiegelt sich im Islam ständig eine verblüffende kulturelle, ethnische und von gewissen Grundeinstellungen bestimmte Verschiedenheit der Menschen wider, die sich selbst Muslime nennen.

Aus dem Englischen übers. von Dr. Ansgar Ahlbrecht

John L. Esposito

Islamische Bedrohung – Mythos oder Realität?

Waren die achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts bestimmt von der Furcht vor dem Export der iranischen Revolution, so hat sich in den neunziger Jahren die Furcht vor dem Schreckgespenst einer globalen islamischen Bedrohung vergrößert¹. Man neigt dazu, die vielen Gesichter, die der Islam heute hat, unter dem Monolith «*islamischer Fundamentalismus*» zusammenzufassen, was mit *Gewalt* und *Terrorismus* gleichgesetzt wird. Die Erinnerung an die Anprangerung Amerikas als des «großen Satans» durch den Ayatollah Khomeini, die Verdammung *Salman Rushdies*, des Autors der *Satanischen Verse*, die Geiselnahmen im Liba-

JOHN RENARD

wurde 1978 am Department of Near Eastern Languages and Civilisations der Harvard University zum Ph.D. in Islamwissenschaften promoviert; seitdem Lehrtätigkeit an der Theologischen Fakultät der Saint Louis University. Veröffentlichungen u.a.: Ibn 'Abbad of Ronda: Letters on the Sufi Path (Paulist Press 1986); In the Footsteps of Muhammad: Understanding the Islamic Experience (Paulist Press 1992); Islam and the Heroic Image: Themes in Literature and the Visual Arts (University of South Carolina Press 1993); zahlreiche Artikel in Zeitschriften wie «The Muslim World», «The Journal of the American Oriental Society», «Hamdard Islamicus», «The Journal of Ecumenical Studies» und «Journal of Sophia Asian Studies». Anschrift: Saint Louis University, 3634 Lindell, St. Louis, MO 63119, USA.

non, Saddam Husseins Aufruf zum Heiligen Krieg (Jihad) während des Golfkriegs im Jahre 1991, die Bombenattentate im New Yorker World Trade Center, in Kairo und im südlichen Libanon, Furcht vor einer organisierten und koordinierten Bemühung des Iran und des Sudan, den islamischen Radikalismus zu fördern und auszubreiten – all das hat das Bild des Islam als einer militanten, expansionistischen Religion, die fanatisch antiamerikanisch ist und den Krieg mit dem Westen beabsichtigt, verstärkt. Gleichzeitig waren die Angriffe ägyptischer Extremisten gegen koptische Christen in Ägypten, die Auswirkungen islamischer Regierungen im Sudan und Pakistan und der muslimisch-christliche Krieg auf regionaler Ebene im Libanon Quelle großer Sorge für christliche Gemeinden.

I. Wurzeln der Sorge und des Mißverständnisses

Sowohl *alte Rivalitäten* als auch *aktuelle Konflikte* haben so sehr die Unterschiede betont, daß die gemeinsamen monotheistischen Wurzeln

und die gemeinsame Sichtweise der jüdisch-christlich-islamischen Tradition vollständig in Vergessenheit geraten sind. Trotz vieler gemeinsamer Glaubensüberzeugungen und Wertvorstellungen wurden in der Geschichte die christlich-muslimischen Beziehungen häufig von Konflikten überschattet, wenn die Armeen und Missionare des Islam und des Christentums in einem Kampf um Macht und Seelen aneinandergerieten. Diese Konfrontation reichte vom Fall des frühen byzantinischen (oströmischen) Reiches unter dem Ansturm islamischer Armeen im siebten Jahrhundert, über die heftigen Kämpfe und die Polemik der Kreuzzüge, die Vertreibung der «Mauren» aus Spanien und die Inquisition, die ottomanische Drohung, Europa einzunehmen, die europäische (christliche) koloniale Ausbreitung und Herrschaft im 18. und 19. Jahrhundert, bis hin zur gegenseitigen politischen und kulturellen Herausforderung der Supermächte (Amerika und der Sowjetunion) in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, der Ausrufung des Staates Israel, dem Wettstreit zwischen christlichen und islamischen Missionaren um Bekehrungen im heutigen Afrika und der Herausforderung durch das gegenwärtige Wiedererstarken des Islam oder des «islamischen Fundamentalismus». Als Folge davon war die Beziehung des Islam zum Westen häufig weniger von Verständnis als von *gegenseitiger Unwissenheit* und von *stereotypen Klischeevorstellungen*, von Konfrontation und Konflikt geprägt.

1. Die Herausforderung des gegenwärtigen Wiederauflebens des Islam

Der Islam trat während der siebziger und achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts wieder als potente globale Macht auf². Die Kraft und Vitalität der gegenwärtigen islamischen Erweckungsbewegung wurzelt in einem Phänomen mit weitreichender Basis, dem Wiedererstarken des Islam im persönlichen und politischen muslimischen Leben³. Wenn auch der Islam in muslimischen Gesellschaften weithin präsent war, so hat er sich in den letzten Jahren als *dynamische und vitale soziopolitische Kraft in muslimischen Gesellschaften* erwiesen.

Viele Muslime befolgten persönlich stärker religiöse Regeln im Hinblick auf Gebet, Fasten, Kleidung und Verhalten. Der Islam trat auch als bedeutende ideologische Kraft und Alternative im politischen und gesellschaftlichen Leben in Erscheinung. Muslimische Regierungen und Oppositionsbewegungen beschäftigten sich mit der stärkeren Rolle, die die Religion im öffentlichen Leben spielt, bzw. kämpften dagegen an. Islamische Symbole und Diskurse wurden zur vorrangigen Quelle von Legitimität und allgemeiner Mobilisierung. Islamische Organisationen vermehrten sich stark und entwickelten sich zu bedeutsamen politischen und gesellschaftlichen Kräften.

Ein Überblick über gegenwärtige islamische Politik *stellt Vorstellungen von einem monolithischen «islamischen Fundamentalismus»* oder einer gesamtislamischen Bedrohung *in Frage*. Islamische Staatenbildung hat deutliche Unterschiede im Bereich der Regierungsform, der Innen- und der Außenpolitik gezeigt. Monarchen, Militärführer, Präsidenten und Geistliche haben so unterschiedlichen Regierungen vorgestanden wie Saudi Arabiens konservativer Monarchie, Libyens populistischem, sozialistischem Staat, Irans geistlicher Republik und den Militärregimen im Sudan und in Pakistan. In ähnlicher Weise erfreuten sich einige enger Beziehungen mit dem Westen, während andere als Bedrohung westlicher Interessen angesehen wurden. Innerhalb bestimmter Länder haben einander bekämpfende Stimmen und Gruppen um Macht im Namen des Islam gewetteifert.

Moderne islamische Organisationen und Bewegungen waren die treibende Kraft der dynamischen Ausbreitung der Renaissance des Islam. Sie waren auch der Brennpunkt oder die Verkörperung der islamischen Bedrohung in der Sicht westlicher Regierungen. Für einige repräsentieren islamische Bewegungen eine authentische Alternative zu korrupten, verbrauchten und ineffektiven Regimen. Für viele andere sind sie eine destabilisierende Kraft – Demagogen, die jede Taktik anwenden, um Macht zu gewinnen. Die Gewalt und der Terrorismus, verübt von Gruppen in Ägypten und im Libanon mit Namen wie Partei Gottes, Heiliger Krieg, Armee Gottes, Rettung von der Hölle und Gamaa Islamiya (Islamische

Gruppe) verkörpern einen «heiligen Zorn», der allzu vertraut geworden ist⁴. Doch die Realität ist weit komplexer und unterschiedlicher als das allgemeine Bild suggeriert. Wenn auch eine Minderheit lautstarke gewalttätige Revolutionäre sind, arbeitet doch die Mehrheit (die muslimischen Bruderschaften Ägyptens und Jordaniens, die islamische Rettungsfront in Algerien, die Renaissance-Partei in Tunesien, die Jaamati-Islami in Pakistan, die Nahdatul Ulama und die Muhammadiyah in Indonesien und die ABIM und die PAS in Malaysia) innerhalb des politischen Systems und versucht Veränderung von unten durch einen graduellen Reformprozeß zu erreichen. Viele haben sich politischer Liberalisierung und Demokratisierung verschrieben.

2. Von der Peripherie zum Zentrum - die Hauptströmung der Erweckungsbewegung

Wenn während der siebziger und achtziger Jahre dieses Jahrhunderts fast durchgängig islamische Erweckungsbewegung oder Fundamentalismus mit radikalen extremistischen Gruppen am Rande der Gesellschaft gleichgesetzt wurden, so machen die neunziger Jahre deutlich, daß das Wiederaufleben des Islam weitaus komplexer ist. Die islamische Erweckungsbewegung ist eine religiös-gesellschaftliche Bewegung, Teil der *allgemeinen* muslimischen Gesellschaft. Die Präsenz und Anziehungskraft einer stärker betonten islamischen Orientierung findet man in der Mittel- und Unterschicht, bei Männern und Frauen, Gebildeten und Ungebildeten, Fachleuten und Arbeitern. Wenn auch weiterhin kleine radikale Gruppen existieren und sich gewalttätig und terroristisch betätigen, so wurde doch in vielen muslimischen Ländern der islamische Aktivismus institutionalisiert und wirkt und floriert innerhalb des Systems. Eine *neue Klasse nach modernen Maßstäben ausgebildeter, aber islamisch orientierter Eliten* ist entstanden, die Seite an Seite und manchmal in Opposition zu ihren säkularen Kollegen arbeiten. Ihr Ziel ist die Umformung der Gesellschaft durch die islamische Formung von Individuen und durch soziales und politisches Handeln. Dawah (Ruf)-Gesellschaften arbeiten im sozialen

Dienst (in Krankenhäusern, Kliniken, Rechtshilfegesellschaften), in Wirtschaftsprojekten (in islamischen Banken, Kapitalanlagegesellschaften, Versicherungsgesellschaften), in der Erziehung (in Schulen, Kindertagesstätten, Jugendcamps) und in religiösen Verlagen und Rundfunkanstalten. Islamische Aktivisten sind wesentlicher Bestandteil des politischen Prozesses geworden. Sie haben an nationalen und regionalen Wahlen teilgenommen, einen beeindruckenden Sieg bei den Kommunal- und Parlamentswahlen in Algerien errungen, und sind zur stärksten Opposition in Ägypten, Tunesien und Jordanien geworden. Aktivisten arbeiten in Positionen auf Kabinettssebene im Sudan, in Jordanien, Pakistan, Iran und Malaysia.

Ironischerweise hat das Ausmaß, in dem das Wiederaufleben des Islam Teil des allgemeinen muslimischen Lebens und der Gesellschaft geworden ist, dazu geführt, daß viele ihn eher als noch größere Bedrohung ansehen. In vielen muslimischen Ländern werden heute staatliche Institutionen durch islamisch ausgerichtete Schulen, Kliniken, Krankenhäuser, Banken und Sozialdienste ergänzt oder herausgefordert. Ihr Erfolg in der Bereitstellung dringend benötigter Dienstleistungen wird häufig von Regierungen als implizite, wenn nicht sogar ausgesprochene Kritik oder Bedrohung verstanden, die die Defizite und das Versagen der Regime unterstreicht. In ähnlicher Weise bietet das Auftreten einer alternativen Elite, nach modernen Maßstäben ausgebildet, aber stärker islamisch orientiert, eine alternative Sicht von Politik und Gesellschaft, die die westlichen säkularen Voraussetzungen, den Lebensstil, die Macht und die Privilegien verwurzelter Eliten in Frage stellt.

II. Islam und der Westen - Herausforderung oder Bedrohung?

So wie in der Vergangenheit westliche Beobachter häufig im Beschwören von gesamtarabischen und gesamtislamischen Bedrohungen auf polemische Aussagen und Stereotypen von Arabern, Türken und Muslimen zurückgriffen, kann man heute *das Fortbestehen oder die Schaffung eines neuen Mythos* beobachten.

Der Islam wird inzwischen als dreifache Bedrohung angesehen: politisch, demographisch und religiös-gesellschaftlich. Die drohende Konfrontation zwischen dem Islam und dem Westen wird als Teil einer historischen Gesetzmäßigkeit von muslimischer Streitlust und Aggression dargestellt. Vergangene Bilder eines christlichen Westens, der die Bedrohung der Eroberung des Westens durch muslimische Armeen abwendet, werden wieder beschworen und mit aktuellen Realitäten verknüpft; sie werden in Verbindung gebracht mit der Warnung vor «religiösen Stalinisten», die zu einem islamischen «Kreuzzug» gegen den Westen entschlossen sind, inspiriert und unterstützt durch den Iran, «der neuen kommunistischen Internationalen»⁵. Einige sprechen von einem globalen islamischen Aufstand, von Muslimen sowohl aus dem Zentrum als auch von der Peripherie der muslimischen Welt, die sich in einer Revolte erheben: ein «neuer Krisengürtel» ... außerdem findet eine weitere große Bewegung statt, unbemerkt, aber genauso unheilvoll – eine globale Intifada»⁶.

1. Eine demographische Bedrohung?

Der Charakter der islamischen Bedrohung wird durch die Verbindung des Politischen mit dem Demographischen verstärkt. So konnte Patrick Buchanan in «*Rising Islam may overwhelm the West*» («Der sich erhebende Islam könnte den Westen überrollen») schreiben, daß, während der Westen auf der einen Seite «mit schiitischen Radikalen, die uns hassen und verachten, Verhandlungen um die Freilassung von Geiseln führt», ihre muslimischen «Glaubensgenossen die Länder des Westens einnehmen». Die muslimische Bedrohung erhält einen globalen Charakter, sagt Buchanan, indem Muslime sich in Europa, der früheren Sowjetunion und Amerika «ausbreiten und erfolgreich etablieren».

Ereignisse im Westen verstärken die Sichtweise einer bevorstehenden *demographischen Bedrohung*. Die Anwesenheit signifikanter muslimischer Minderheiten aus dem Nahen Osten, Asien und Afrika belastet die Sozialstruktur europäischer Gesellschaften in Großbritannien, Deutschland und Frankreich, um nur

einige zu nennen. Anti-arabisch/muslimische Einstellungen in Westeuropa sind Teil einer wachsenden Fremdenfeindlichkeit. In ähnlicher Weise lenkte das Bombenattentat auf das World Trade Center und die folgende Anklage des Scheiks Omar Abdur Rahman und anderer wegen konspirativer Tätigkeit im großstädtischen Terrorismus die Aufmerksamkeit auf Amerikas beachtliche muslimische Bevölkerung und ließ Fragen um die Immigration laut werden.

2. Sind Islam und Demokratie miteinander vereinbar?

Die Teilnahme islamischer Organisationen an Wahlpolitik, das Nutzen von Stimmzetteln statt Gewehrkegeln, hat diese ironischerweise für Regime in der muslimischen Welt und für einige im Westen zu einer eher noch ernsteren Bedrohung werden lassen. Die Rechtfertigung der Verdammung und Unterdrückung islamischer Bewegungen lag darin, daß diese gewalttätige Extremisten waren, kleine, nicht repräsentative Gruppen am Rande der Gesellschaft, die sich weigerten, innerhalb des Systems zu arbeiten, und so für die Gesellschaft und die regionale Stabilität eine Bedrohung darstellten. Diejenigen, die früher die Ansprüche jener Gruppen als unrepräsentativ abgetan und ihren Radikalismus als eine Bedrohung des Systems verurteilt haben, beschuldigen sie nun des Versuchs, «die Demokratie zu überfallen». Diese Ängste wurden von politischen Kommentatoren und Politikern des Westens formuliert und von autoritären Herrschern in Tunesien und Algerien ausgenutzt. Diese Mentalität bewirkte, daß viele im Westen still blieben, als das algerische Militär intervenierte, rechtmäßig abgehaltene Wahlen für ungültig erklärte und die Islamische Heilsfront gefangensetzte und unterdrückte.

Beginnende Demokratisierungsbewegungen im Mittleren Osten und der übrigen muslimischen Welt und die Teilnahme islamischer Bewegungen am Wahlprozeß werfen die Frage auf: Sind Islam und Demokratie miteinander vereinbar⁷? Wie Juden- und Christentum *kann der Islam auf verschiedene Art interpretiert werden*. Er wurde benutzt, um sowohl Demokratie als

auch Diktatur zu unterstützen. Das 20. Jahrhundert hat beide Tendenzen erlebt. Wenn sich auch einige Führer islamischer Bewegungen gegen Demokratie und ein parlamentarisches Regierungssystem ausgesprochen haben, war ihre negative Reaktion häufig eher Teil einer allgemeinen Ablehnung von europäisch-kolonialen Einfluß und eine Verteidigung des Islam vor weiterer Durchdringung durch und Abhängigkeit vom Westen, als eine pauschale Ablehnung von Demokratie.

3. Unterschiedliche muslimische Sichtweisen

Es gibt unterschiedliche muslimische Sichtweisen in bezug auf die Bedeutung von Demokratie, aber historisch gesehen gab es faktisch auch verschiedene Interpretationen oder Modelle von Demokratie. Eine islamische Grundlegung oder Basis für die Akzeptanz demokratischer Institutionen und Werte jedoch, die Islamisierung der Demokratie, wurde in einem modernen Prozeß der Neuinterpretation (*ijtihad*) traditioneller islamischer Vorstellungen von politischer Beratung (*schura*), Konsensfindung der Gemeinschaft (*ijama*) und persönlicher Interpretation (*ijtihad*) oder Neuinterpretation begründet, um Vorstellungen von parlamentarischer Demokratie, repräsentative Wahlen und religiöse Reform zu unterstützen. Islamische Bewegungen haben Demokratie und Menschenrechte benutzt, um autokratische Herrscher als «unislamisch» zu kritisieren, um zu demokratischen Wahlen und stärkerer politischer Teilnahme in Tunesien, Algerien, Ägypten, Kuwait, Marokko, Pakistan, Kaschmir, Indonesien und Bangladesch aufzurufen.

III. Spannungen zwischen einer westlichen und einer islamischen Sichtweise

Es existieren jedoch Unterschiede zwischen westlichen Vorstellungen von Demokratie und der islamischen Tradition. In islamisierten Formen der Demokratie ist die Souveränität des Volkes theoretisch der göttlichen Souveränität untergeordnet; Gottes unveränderliches Gesetz kann durch menschliche Wünsche oder

Launen nicht verändert werden. Dies kann in der Praxis ganz unterschiedlich aussehen: Manche fordern die direkte Ausführung des klassischen islamischen Gesetzes, andere rufen zu einer Neuformulierung des islamischen Rechts auf und wieder andere sind der Meinung, daß es ausreicht, wenn kein Gesetz im Widerspruch zum Koran steht.

1. Das Problem der Toleranz

Der Bericht von islamischen Experimenten in Pakistan, dem Iran und dem Sudan wirft ernsthafte Fragen bezüglich der Bereitschaft islamisch orientierter Regierungen auf, Abweichungen vom Islam zu tolerieren und den Status und die Rechte von Frauen und nicht-muslimischen Minderheiten zu respektieren, sowie deren Rechte als Staatsbürger und ihre Teilnahme an Regierung und Gesellschaft zu klären⁸. In der Vergangenheit stand das Christentum ähnlichen Problemen gegenüber. Bis zum Zweiten Vatikanum waren tatsächlich einige Fachleute auf dem Gebiet politischer Entwicklung der Meinung, daß Demokratie/moderner Pluralismus und Katholizismus nicht miteinander vereinbar seien.

Spannungen und Zusammenstöße muslimischer und nicht-muslimischer Gemeinschaften haben sich in den letzten Jahren verstärkt: Erinnert sei an die Kopten in Ägypten, die Bahai im Iran, die Chinesen in Malaysia, die Christen im Sudan und in Pakistan. Häufig werden nicht-muslimische Minderheiten wie die Christen in Ägypten, im Sudan und in Pakistan oder die Ahmadiyya Pakistans so behandelt, als hätten sie in der Vergangenheit mit europäisch-kolonialer Herrschaft kooperiert und von ihr profitiert. In ähnlicher Weise waren Kopten in Ägypten, Chinesen in Malaysia, Bahai im Iran und Ahmadiyya in Pakistan, die vielfach bildungsmäßig und ökonomisch als weiter fortgeschritten angesehen werden, dem Ressentiment und der Diskriminierung ausgesetzt. Reaktionäre religiöse Führer hatten keine Mühe, ihre Anhänger gegen Minderheiten zu mobilisieren oder aufzuhetzen, die man als unverhältnismäßig erfolgreich ansah und die so Zielscheibe angestauter sozio-ökonomischer Frustrationen wurden.

2. Der Status von «Ungläubigen»

Nach islamischem Gesetz gehören Nicht-Muslime zu einer Gruppe von Bürgern – die *dhimmi* («Geschützten») –, die ihre eigene Gemeinschaft bilden. Als Gegenleistung für ihre Loyalität dem Staat gegenüber und für das Zahlen einer Kopfsteuer dürfen sie ihren Glauben ausüben und werden in Angelegenheiten des Gottesdienstes, des Privatlebens, der Erziehung und des Familienrechts von ihren religiösen Führern und Gesetzen regiert. Doch wie aufgeklärt diese Haltung in der Vergangenheit im Vergleich zur christlichen Sicht und *Behandlung von «Ungläubigen»* auch war – nach modernen Maßstäben würde dies eine Staatsbürgerschaft zweiter Klasse darstellen. Die meisten modernen muslimischen Staaten gewähren *Gleichheit der Staatsbürgerschaft für alle*, unabhängig vom religiösen Glauben. Doch die gegenwärtige islamische Renaissance hat von neuem den Druck erzeugt, die häufig weitverbreitete Einstellung gegenüber Nicht-Muslimen wieder gesetzlich geltend zu machen. Diese ist, wenn auch durch die moderne Gesetzgebung verändert, in den Gedanken und Ansichten vieler Muslime wirksam geblieben.

Ein moderner, liberaler, säkularer, pluralistischer Ansatz wird in vielen Kreisen von denen angefochten, die behaupten, daß die islamische Staatsauffassung die Hingabe an den Islam verlangt. Dies würde viele Nicht-Muslime davon ausschließen, Schlüsselpositionen in der Regierung, der Legislative, der Gerichtsbarkeit und dem Militär einzunehmen, wo die entsprechende Staatsauffassung definiert oder vorausgesetzt wird. Trotz moderner konstitutioneller Reformen haben islamische Organisationen wie die Muslim-Bruderschaft und die Jamaat-i-Islami und viele religiöse Führer weiterhin eine eingeschränkte Rolle für Nicht-Muslime gelehrt und gepredigt.

Ohne eine Neuinterpretation der klassischen islamischen Gesetzeslehren, die nicht-muslimische Bürger als «geschützte Menschen» (*dhimmi*) ansehen, wäre ein ideologisch islamisch orientierter Staat bestenfalls ein begrenzt demokratischer Staat mit einem schwachen pluralistischen Profil. Seine ideologische Orientierung könnte sowohl die Teilnahme von Nicht-Muslimen an Schlüsselpositionen der Regie-

rung als auch die Existenz politischer Parteien, die konkurrierende Ideologien oder Orientierungen – säkular oder religiös – repräsentieren, einschränken.

Nur die Zeit kann zeigen, ob die Akzeptanz der Demokratie durch viele zeitgenössische islamische Bewegungen und ihre Teilnahme am Wahlprozeß nur ein taktisches Mittel oder ernstgemeinte Absicht und Ziel ist. Den bisherigen Berichten zufolge kann man erwarten, daß dort, wo islamische Bewegungen an die Macht kommen (wie bei vielen säkularen oder islamischen Regierungen im Mittleren Osten), Fragen des politischen Pluralismus und der Menschenrechte eine Quelle beträchtlicher Spannungen und Konflikte bleiben werden, bis Zeit und Erfahrung die Entwicklung neuer politischer Traditionen und Institutionen ermöglicht haben.

3. Eher eine Herausforderung als eine Bedrohung

Der heutige Islam ist eher eine Herausforderung als eine Bedrohung. Er fordert den Westen dazu heraus, die Fülle und Verschiedenartigkeit des Islam und der muslimischen Erfahrung nicht auf eine monolithische Bedrohung zu reduzieren. Die Anhänger des Juden- und Christentums werden herausgefordert, des Glaubens des Islam gewahr zu werden, ihre muslimischen Brüder und Schwestern als Kinder Abrahams anzuerkennen und zwischen dem Islam und *seinem Mißbrauch durch Extremisten zu unterscheiden*, wie sie es auch von anderen verlangen, wenn diese mit Gewalt und Fanatismus extremistischer christlicher und jüdischer Gruppen konfrontiert sind. Der politische Islam ist eine Herausforderung der konventionellen säkularen westlichen Welt. Weil islamische Aktivisten die etablierte politische und intellektuelle Ordnung ablehnen – die unhinterfragte Akzeptanz ihrer Normen als selbstverständliche Wahrheiten grenzt häufig an einen «säkularen Fundamentalismus» –, werden sie häufig *a priori* als «abnormal», abweichlerisch, irrational und extremistisch abgetan. Die Herausforderung des politischen und intellektuellen Establishments durch die heutige islamische Erweckungsbewegung wird einfach zu einer Bedrohung gemacht.

Muslimische Regierungen sind herausgefordert, aufgeschlossener für öffentliche Forderungen nach politischer Liberalisierung und stärkerer öffentlicher Teilnahme zu sein, Oppositionsbewegungen zu tolerieren statt sie zu unterdrücken (islamische Organisationen und Parteien eingeschlossen), und lebensfähige demokratische Institutionen aufzubauen. *Der politische Islam selbst ist herausgefordert*; er wird durch seine eigene Rhetorik und Botschaft zur *Selbstkritik* angehalten: den Maßstäben und Prinzipien, für die er eintritt und die er von anderen fordert, entsprechend zu leben; die Exzesse, die von Regierungen und Bewegungen, die sich selbst als islamisch bezeichnen, begangen werden, zu verurteilen und zu vermeiden; und schließlich die Verantwortung

für das Versagen muslimischer Gesellschaften zu übernehmen oder zu teilen – wie auch den Westen dafür verantwortlich zu machen. Gleichzeitig sind die westlichen Mächte aufgefordert, zu den demokratischen Werten, die sie verkörpern, zu stehen und authentische Volksbewegungen und das Recht der Völker anzuerkennen, den Charakter ihrer Regierungen und ihrer Führung, ob sie nun einen säkularen oder einen eher islamisch orientierten Weg wählen, selbst zu bestimmen. Das 21. Jahrhundert wird unsere Fähigkeit prüfen, zwischen islamischen Bewegungen, die eine Bedrohung darstellen, und solchen, die legitime, einheimische Versuche repräsentieren, ihre Gesellschaft zu reformieren und ihr eine neue Richtung zu geben, zu unterscheiden⁹.

¹ Dieser Artikel beruht auf früheren Veröffentlichungen, besonders auf: *The Islamic Threat: Myth or Reality?* (New York 1993)

² Zur islamischen Wiederbelebung vgl.: Y.Y. Haddad/J.O. Voll/J.L. Esposito, *The Contemporary Islamic Revival. A Critical Survey and Bibliography* (New York 1991); J.L. Esposito, *Islam and Politics* (Syracuse 31991); J.L. Esposito (Hg.), *Islam in Asia: Religion, Politics, and Society* (New York 1987); J.P. Piscatori (Hg.), *Islam in the Political Process* (Cambridge 1983); N. Ayubi, *Political Islam: Religion and Politics in the Arab World* (London 1991).

³ Vgl. J.L. Esposito, *Islam and Politics* (Syracuse 31991); S. Hunter (Hg.) *The Politics of Islamic Revivalism* (Bloomington 1988); J.P. Piscatori (Hg.), *Islam in the Political Process* (Cambridge 1983).

⁴ R. Wright, *Sacred Rage: The Wrath of Militant Islam* (New York 1985).

⁵ C. Krauthammer, *Iran: Orchestrator of Disaster*, in: *The Washington Post* (1. 1. 1993); M. Zuckerman, *Beware of religious Stalinists*, in: *U.S. News and World Report* (22. 3. 1993) 80; B. Lewis, *Roots of Muslim Rage*, in: *Atlantic Monthly* 226/3 (September 1990).

⁶ C. Krauthammer, *The New Crescent of Crisis. Global Intifada*, in: *The Washington Post* (16. 2. 1990).

⁷ Zu einer Analyse dieser Frage vgl.: J.L. Esposito, J.P. Piscatori, *Democratization and Islam*, in: *The Middle East Journal*, 427-440.

⁸ Für eine Analyse der Wirkung der islamischen Renaissance auf nicht-islamische Gemeinschaften vgl.: J.L. Esposito/B.L. Haines, *The Impact of Islam*, in: *Pro Mundi Vita*, Bulletin 109 (1987/2).

⁹ W. Amr, *Jordan Welcomes New Government*, *Political Freedoms*, in: *Middle East Times* 9-15 (1990) 4.

Aus dem Amerikan. übers. von Wolf-Elmar Schmidt M.A.

JOHN L. ESPOSITO

Professor für Religion und internationale Angelegenheiten; Direktor des Center for Muslim-Christian Understanding; doziert Geschichte und Außenpolitik an der Schule für den auswärtigen Dienst der Georgetown University; leitender Herausgeber der *Encyclopedia of the Modern Islamic World* (Oxford University Press); neuere Veröffentlichungen: *The Islamic Threat: Myth or Reality?*; *Islam and Politics*; *Islam: The Straight Path*; *The Iranian Revolution: Its Global Impact*. Anschrift: Center for Muslim-Christian Understanding; Georgetown University, School of Foreign Service; Washington D.C. 20057 - USA.